

## Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Luisa Fiedler (SPD) vom 28.04.05

### und Antwort des Senats

**Betr.: „Festkommers" des Hamburger Waffening am 22. April 2005**

*Im Jahre 1933 begann die Herrschaft des deutschen Faschismus, die mit Terror gegen politische Gegner, Flucht und Vertreibung in Deutschland einsetzte und in dem NS-Völkermord an den europäischen Juden sowie dem Raub- und Vernichtungskrieg insbesondere gegen die Bevölkerung Osteuropas gipfelte. Es kostete Millionen Tote und den gemeinsamen Kampf der Anti-Hitler-Koalition, die Welt von dieser Schreckensherrschaft zu befreien. Dieser Zusammenhang wird von interessierter Seite ausgeblendet oder gar geleugnet, sodass die Abtrennung ehemals deutscher Gebiete nach der Konferenz von Potsdam als historisches Unrecht dargestellt wird.*

*Am 22. April d. J. führte der „Hamburger Waffening" in den Mozartsälen, direkt gegenüber dem Platz der Jüdischen Deportierten, einen sog. „Festkommers" durch. Anlass war das 750. Stadtjubiläum des ehemaligen Königsberg (heute Kaliningrad). In dem Programmheft zu der Veranstaltung wird behauptet, dass die heutige Stadt Kaliningrad „nicht mehr die Stadt unseres Glaubens, unseres Geistes und der abendländischen Freiheit" sei. Sie sei vielmehr zu einer Stadt der „Unfreiheit und der Fremdbestimmung" geworden. Weiter heißt es, dass „die Russen" noch Zeit brauchten, bis sie ein „angemessenes und der Wahrhaftigkeit entsprechendes Verhältnis zu ihrer eigenen und zur europäischen Geschichte" gefunden haben. Als „Kommersredner" trat der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm auf. Veranstaltet wurde der „Kommers" durch den „Hamburger Waffening", dem u. a. die „Hamburger Burschenschaft Germania" angehört. Verschiedentlich, zuletzt in Drs. 18/2108, hat der Senat Positionen dieser Burschenschaft jedenfalls als Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen bezeichnet. Minister Schönbohm erklärte gegenüber der Presse, er habe sich beim Verfassungsschutz erkundigt und es gebe keinen Anhaltspunkt, dass die Einlager verfassungsfeindliche Ziele verfolgten. Über den „Hamburger Waffening" heißt es in Drs. 18/2035, es handle sich um einen Zusammenschluss von Verbindungen, wie es ihn in verschiedenen Hochschulstädten gäbe. Er werde nicht durch das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) beobachtet.*

*Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:*

- 1. Ist dem LfV bekannt, dass die „Hamburger Burschenschaft Germania" dem Hamburger Waffening angehört?*
- 2. Ist dem LfV ferner bekannt, dass der Hamburger Waffening sich nicht auf die Durchführung von Fechtveranstaltungen beschränkt?*

3. *Trifft es zu, dass das LfV in anderen Zusammenhängen auch Aktivitäten beobachteter Organisationen unter dem Aspekt der Einfluss- und Vorfeldarbeit beobachtet?*

Ja.

4. *Hat der Senat bzw. das LfV dem Innenminister des Landes Brandenburg die Einschätzung der „Hamburger Burschenschaft Germania“ aus Drs. 18/2108 zur Kenntnis zu geben?*

*Wenn nein: warum nicht?*

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat auf Nachfrage den Verfassungsschutz in Brandenburg am 22.04.2005 über Inhalte der Drs. 18/2035 und 18/2108 informiert.

5. *An dem „Festkommers“ nahmen dem Vernehmen nach auch Personen aus der Republik Österreich teil, die als „Süddeutsche Landsleute“ apostrophiert worden seien, ferner wurden im Lauf der Veranstaltung alle Strophen des „Liedes der Deutschen“ abgesungen. Die in beidem ersichtliche Befürwortung eines „Großdeutschland“ „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ ist in rechtsextremen Kreisen geläufig. Wie bewertet das LfV diesen Umstand insbesondere mit Blick darauf, dass der „Hamburger Waffenring“ nicht durch das LfV beobachtet wird?*

Zu Vermutungen nimmt der Senat grundsätzlich nicht Stellung.

6. *Teilt der Senat meine Auffassung, dass die Stadt Kaliningrad (ehem. Königsberg) nicht unter „Fremdbestimmung“ steht?*

Ja. Im Übrigen obliegt die Einschätzung des Status der Stadt und Region Königsberg/Kaliningrad der Bundesregierung.

7. *Hat der Senat, insbesondere im Rahmen des Austausches mit Hamburgs Partnerstadt St. Petersburg, den Eindruck gewonnen, dass die russische Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten kein angemessenes und der Wahrhaftigkeit entsprechendes Verhältnis zu ihrer eigenen und zur europäischen Geschichte haben?*

Nein.

8. *Der Eindruck, die in Fragen 4 und 5 wiedergegebenen Auffassungen seien in Hamburg verbreitet, wäre geeignet, die Beziehungen zu unserer Partnerstadt zu beeinträchtigen. Wird der Senat dem Eindruck entgegen treten, diese Auffassungen würden in Hamburg über eine gesellschaftlich marginale Randgruppe hinaus geteilt?*

Der Senat kommentiert keine Meinungsäußerung von einzelnen Personen oder Gruppierungen.